

Ein Gastkommentar von Anja Stahmann „Die Lindenstraße wird weiter gebraucht“ über die Situation der Geflüchteten, veröffentlicht am 19. April 2020 im Weser Kurier hat meine Aufmerksamkeit auf sich gezogen.

In ihrem Kommentar beschreibt die Senatorin Stahmann die protestierenden Geflüchteten und jene, die sich solidarisch mit den Protestierenden zeigen, als eine „kleine, lautstarke Gruppe“. Sie fährt damit fort, auf zynischer Weise falsche Parallelen zwischen der Situation der Geflüchteten hier vor Ort und der Situation der Geflüchteten in Moria auf Lesbos sowie den sklavereiähnlichen Lagern in Libyen zu ziehen. Es ist wichtig, die Dinge richtigzustellen und die offensichtlich irreführenden Informationen über die Proteste und die Falschdarstellungen zu korrigieren.

Zuvorderst sei hervorgehoben, dass niemand, weder die protestierenden Geflüchteten noch die sich solidarisierenden Gruppen, die Lebensbedingungen in der Lindenstraße mit den Bedingungen in Camps auf Moria oder Libyen vergleichen, obwohl sich ganz klar strukturelle Ähnlichkeiten zwischen den jeweiligen Orten festmachen lassen. Die Protestierenden sprechen dennoch von den Camps im gleichen Atemzug, um das tief verinnerlichte Denken in „wir“ und „die anderen“, die Vorstellung bzw. „Konstruktion eines Anderen“ aufzuzeigen; ein grundlegendes Konzept des Rassismus, das die unterschiedliche und grausame Behandlung von Individuen, die zu „Anderen“ erklärt werden, und die Art und Weise, wie sie behandelt werden, rechtfertigt, sei es auf Lesbos oder in der Lindenstraße. Bis vor kurzem noch waren Geflüchtete gezwungen, sich mit 7-8 weiteren Personen ein Zimmer zu teilen (mittlerweile reduziert auf ca. 4 Personen), mit 50cm Abstand zwischen den Betten und mit Fenstern, die sich nicht öffnen lassen. Dies sind Bedingungen, über die die Senatorin bestens im Bilde sein muss, passiert dies alles doch unter ihrer Schirmherrschaft. Zudem haben die Geflüchteten bereits mehrfach in den vergangenen Monaten die Aufmerksamkeit der Senatorin auf die Lebensbedingungen in der Lindenstraße gelenkt. Letzten Sommer haben die Bewohner*innen Anja Stahmann gefragt, ob sie sich vorstellen könnte, allein oder mit ihren Kindern in solch überfüllten Räumen ohne Frischluft über Monate zu leben. Die Senatorin blieb ihnen eine Antwort schuldig. Nun behauptet die gleiche Senatorin, dass es sich um eine „inszenierte Wirklichkeit“ handeln würde. Ich habe den Eindruck, dass Senatorin Stahmann die einzige ist, die in einer „anderen Welt“ lebt.

Die Mitarbeiter*innen in der Lindenstraße haben sich ein Rassismus-Abzeichen verdient: Denn es vergeht kein Tag, an dem sich AWO-Mitarbeiter*innen oder das Sicherheitspersonal von Procertus nicht rassistischem Verhalten den

Bewohner*innen gegenüber schuldig machen und sie regelmäßig ohne triftigen Grund brutal physisch bedrohen und einzuschüchtern versuchen. Mehrere dieser durchweg grundlosen Gewalthandlungen konnten gefilmt werden, die Filmaufnahmen wurden bereits von unabhängiger Seite in ihrer Richtigkeit bestätigt. Der Sprecher der Senatorin, Dr. Bernd Schneider, hat dies in der Vergangenheit in Fernsehinterviews öffentlich eingestanden und versprochen, Abhilfe zu schaffen, nur um am Ende doch nichts dagegen zu unternehmen. Die verschiedenen Geflüchteten-Proteste im vergangenen Sommer richteten sich unter anderem genau gegen diese Brutalität vieler Security-Mitarbeiter*innen und die unwürdigen Behandlungen seitens der AWO-Mitarbeiter*innen. Einige der von dieser Gewalt direkt betroffenen Geflüchteten trafen Senatorin Stahmann in ihrem Büro in Anwesenheit anderer offizieller Personen der Stadt, die bezeugen können, was Stahmann nun in ihrer Stellungnahme vom 19. April öffentlich leugnet.

Nun kommen wir zu der Ironie bezüglich der Situation in der Lindenstraße in Zeiten von Corona. Die Regierung hat Anfang März das Virus als hoch gefährlich eingestuft und die Eindämmung einer weiteren Verbreitung zur höchsten Priorität erklärt. Für die Eindämmung sind wiederum verschiedene Präventionsmaßnahmen absolut notwendig, dazu zählen räumliche Distanzierungen, die Einschränkung physischer Kontakte oder regelmäßiges Händewaschen. Ignoriert eine Person diese physischen Distanzierungen, erhält sie aufgrund des Verstoßes gegen das Infektionsschutzgesetz eine Strafanzeige. Doch in der Massenunterkunft Lindenstraße werden die Bewohner*innen regelrecht dazu gezwungen, gegen die Präventionsmaßnahmen zu verstoßen. Denn die Bedingungen vor Ort erlauben ihnen zu keiner Zeit, sich physisch zu distanzieren. Bis vor kurzem erhielten sie keine andere Möglichkeit, als mit über 100 Menschen in einem Raum gemeinsam ihre Mahlzeiten einzunehmen. Ihre Essenzeit wurde auf 30 Minuten begrenzt. Heißes Teewasser gab es nur an einem Ort. Trinkwasser außerhalb der Essenzeiten bekamen sie nur am Waschbecken in den Toiletten. Hunderte von Geflüchteten sind gezwungen, die gleichen Toiletten zu benutzen, ohne dass ihnen genügend Hygieneartikel bereitgestellt werden. All dies stellt einen wesentlichen Verstoß gegen die Empfehlungen und Regelungen dar, die auf lokaler und nationaler Ebene zur Eindämmung des Virus gelten. Und dennoch erlauben sich sowohl die Sozialsenatorin als auch die Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard, solche Bedingungen für die Bewohner*innen in der Lindenstraße aufrechtzuerhalten.

In den vergangenen Tagen erhielten die Hälfte der Bewohner*innen, die auf Corona getestet wurden, ein positives Testergebnis. Die Anzahl der Infizierten steigt täglich. Jeder vernunftbegabte Mensch würde nun denken, dass spätestens jetzt der Moment wäre, um die Bewohner*innen dezentral unterzubringen und so das Infektionsrisiko zu senken. Doch die Senatorin lässt die Massenunterkunft weiter offen – wissentlich um die steigende Infektionsrate. Dies stellt ganz eindeutig eine Pflichtverletzung dar, sowohl von Frau Stahmann als auch von Frau Bernhard. Derzeit sind die meisten Flure in der Massenunterkunft unter Quarantäne gestellt, doch jene Personen, die negativ getestet wurden, leben nach wie vor auf begrenztem Raum weiter mit jenen zusammen, die positiv auf Corona getestet wurden. Darunter auch Frauen mit Neugeborenen. Senatorin Stahmann rechtfertigt die ausbleibende Schließung entlang der Ausrede, dass es keine realistischen Alternativen gäbe. Für jene, die noch nicht im Bilde sind: Verschiedene Hotelbesitzer*innen haben in den vergangenen Wochen ihre Räumlichkeiten angeboten und Stahmann ihre Bereitschaft mitgeteilt, Geflüchtete aufzunehmen. Das Angebot wurde vehement abgewiesen, den Besitzer*innen mitgeteilt, dass sie ihre Hotels nicht Geflüchteten, sondern Wohnungslosen anbieten sollten. So sehr die Geste, Obdachlosen in Hotels Plätze anzubieten, willkommen und längst überfällig ist, so sehr ist Senator Stahmanns Reaktion auf das Angebot auch in diesem Fall sehr aufschlussreich für den Versuch, eine Teile-und-Herrsche-Strategie umzusetzen, Wohnungslose gegen Geflüchtete auszuspielen. Die Crux an der ganzen Sache ist folgende:

Stahmanns Weigerung, den Geflüchteten aus der Lindenstraße dezentrale Unterbringungen zur Verfügung zu stellen, lässt sich weder entlang fehlender Alternativen erklären, noch darüber, dass ihr das Wohlergehen der Geflüchteten am Herzen läge. Ihre Weigerung lässt sich einzig entlang egoistischer politischer Interessen erklären, die alle auf Rassismus gründen. Wenn die gesamte deutsche Bevölkerung zum physischen Distanzieren aufgerufen wird, gleichzeitig jedoch Maßnahmen ergriffen werden, die Geflüchteten die Möglichkeit dazu nehmen, werden Geflüchtete ganz klar anders behandelt als der Rest der Bevölkerung. Warum? Weil sie keine *weißen* Deutschen sind. Weil sie die „Anderen“, die zu „Anderen gemachten“ in der deutschen Gesellschaft sind. Und obwohl die ansteigende Infektionsrate unter den Bewohner*innen in der Lindenstraße sogar einher geht mit einem steigenden Infektionsrisiko der restlichen Bremer Bevölkerung, schert sich die Senatorin nicht darum, solange die Ungleichbehandlung der Geflüchteten, der „Anderen“, abgesichert ist.

Um die Ungleichbehandlung weiter zu legitimieren, argumentiert die Sozialsenatorin, dass eine dezentrale Unterbringung deswegen keine Lösung sei, da medizinische und sozialpädagogische Betreuung nicht gewährleistet werden könne. Zunächst einmal sei festzuhalten, dass keinerlei sozialpädagogische Betreuung in der Lindenstraße stattfindet. Das ist bekannt und ebenfalls dokumentiert. Zweitens leben in Bremen über eine halbe Millionen Menschen und soweit ich weiß werden keine anderen gesellschaftlichen Gruppen gezwungen, in Massenunterkünften zu leben, wenn sie medizinische Versorgung wünschen. Wenn also über eine halbe Million Bremer*innen Zugang zu medizinischer Versorgung hat, ohne dafür in Massenunterkünfte ziehen zu müssen, warum bekommen Geflüchtete nicht die gleichen Rechte? Besonders dieser Tage, in denen sie aufgrund der Fahrlässigkeit der Sozialsenatorin ernsthaften Folgen einer Infektion mit dem Coronavirus ausgesetzt sind.

Des Weiteren argumentiert Stahmann, dass die Massenunterkunft Lindenstraße benötigt wird, da Bremen weiterhin Geflüchtete aufnehmen wird. Dieses Argument ist analog zu dem Bild eines Notfallfahrers, der in Höchstgeschwindigkeit durch die Straßen rast, dabei Menschen, die in seinem Weg stehen, über den Haufen fährt und tötet, nur damit er rechtzeitig an einem Ort ankommt, um eine Person zu retten, die möglicherweise verletzt sein könnte. Derzeit werden wissentlich Leben aufs Spiel gesetzt und das, weil Stahmann sich Gedanken darüber macht, wie sie „am Besten“ fluchtsuchende Menschen unterbringen kann, die zukünftig hier ankommen.

Alles in allem: Die Sozialsenatorin und die Gesundheitssenatorin, in deren beiden Verantwortung es läge, die Massenunterkunft in der Lindenstraße zu schließen, gehen absolut fahrlässig und gleichgültig mit den Leben der Geflüchteten in der Lindenstraße um. Ihre jeweilige Unfähigkeit, jenen Rassismus und seine diskriminierenden Effekte in ihren eigenen politischen Praktiken zu erkennen, ist ernsthaft beunruhigend und verstörend.